

Frau
Andrea Fischer
Bundesministerin für Gesundheit
- persönlich -
Am Probsthof 78a
53121 Bonn

Nachrichtlich:

- Medien
- Wissenschaftl. Institutionen
- Gesundheitsvereine

1/1/99

Betr.: Vorsätzliche Gesundheitsschädigung der breiten Bevölkerung durch Dental-AMALGAM

Sehr geehrte Frau Bundesgesundheitsministerin Fischer,

wir wenden uns in o.g. dringlicher Angelegenheit an Sie und bitten um Ihre unverzügliche Intervention.

Anbei erhalten Sie zu Ihrer näheren Information zum Thema Amalgam als Zahnfüllstoff neben dem "Kieler Amalgam-Gutachten", Gerichtsurteilen und einzelnen beispielhaften Krankengeschichten unseren offenen Brief an die Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin, der die politisch wie wirtschaftlich kriminellen Hintergründe zur unablässigen Zwangsverordnung dieses Massenvergiftungsmittels aufzeigt. Sowohl den (Un-)Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik als auch in Toxikologie und Zahn-/Ärztenschaft ist nachweislich die hohe Toxizität des Dentalamalgams und damit hohe und häufige Gesundheitsgefährdung und Schädigung der Bevölkerung seit Jahrzehnten durch vielfältigste Dokumentationen aus Wissenschaft und Praxis bekannt. Daß dessen ungeachtet Amalgam in weitem Maßstab fortlaufend Verwendung findet und darüber hinaus die Bevölkerung bezüglich der hohen Gesundheitsrisiken durch offizielle Desinformationen und andere unlautere Manipulationen bewußt in die Irre geführt wird, entspricht u.a. dem Straftatbestand der vorsätzlichen Körperverletzung und damit der horrenden Verletzung unseres Grundgesetzes (Artikel 2 (2)), das jedem "das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" garantiert.

Es ist unstrittig, daß aus Zahn-Amalgamfüllungen eine hohe Freisetzung von Quecksilber und dessen Resorption und Kumulation im menschlichen Organismus erfolgt. Ebenso wissenschaftlich nachgewiesen ist, daß Quecksilber von hoher Toxizität ist, beim Menschen Krankheiten induzieren kann und keine toxikologischen Grenzwerte für eine unbedenkliche bzw. gesundheitsschädigende Anreicherung in menschlichen Organen existieren. Wenn bei Arzneimitteln giftige Stoffe mit Nebenwirkungen - bei Quecksilber völlig unbestritten - eingesetzt werden, so darf dies nur unter der Prämisse geschehen, daß das im Medikament eingesetzte Gift dazu dient, andere, schwere Gesundheitsschäden abzuwenden. Dies ist bei Dentalamalgam nicht der Fall. Insofern stehen Risiko und Nutzen von Amalgam in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander.

Laut § 5 des Arzneimittelgesetzes muß schon der begründete Verdacht der Bedenklichkeit eines Arzneimittels, als das Amalgam deklariert ist, dessen Verkehrsverbot zur Folge haben. Dies ist wider besseres Wissen von massenhaften, gravierenden Amalgam-Schadensfällen zur Wahrung wirtschaftlicher und politischer Interessen nicht geschehen.

Wenn von oberster Regierungsbeamten und ihrem Gefolge seit Jahrzehnten ein solches vorsätzliches, schwerwiegendes Vergehen zum einen verübt, zum anderen geduldet wird, so ist unser vermeintlicher Rechtsstaat zu einem System von Diktatur und Korruption verkommen.

Sie sind angetreten, um in diesem Land aufzuräumen und haben sich insbesondere als "grüne" Politikerin dem Schutz von Mensch und Umwelt vor Schadstoffen verpflichtet. Wir fordern Sie daher als Gesundheitsministerin auf, dieses Versprechen jetzt nachhaltig unter Beweis zu stellen und unverzüglich diesen verheerenden Machenschaften in unserem Land Einhalt zu gebieten und den gesetzlich verfügbaren Betrug zu beenden. Wir appellieren dezidiert an Ihr Gewissen und bitten um Ihre konkrete, schnelle Hilfe für notleidende Menschen.

Zum Schutz von Leben und Gesundheit von Millionen Bürgern fordern wir:

- Ein sofortiges Amalgam-Verbot
- Die Kostenübernahme der Krankenkassen für:
 - a) Entfernung von Amalgamfüllungen unter ausreichenden Schutzmaßnahmen
 - b) Ersatzrestaurationen mit Zement, Kunststoff oder Kompositen
 - c) Kiefersanierung bei eventuell bestehenden Schwermetallherden (Extraktion von Zähnen, Ausfräsen des Kiefers, Laboranalysen des Wundmaterials zur Verlaufskontrolle der Heilung)
 - d) Systemische Entgiftungstherapie mit geeigneten schul- oder alternativ-medizinischen Methoden unter laborchemischer Kontrolle der Gift-Ausscheidungswerte bis zur Heilung
- Die offizielle Anerkennung der Amalgamkrankheit als chronische Schwermetall-/Quecksilber-intoxikation, insbesondere bei Rentenkassen und anderen Versorgungsanstalten
- Die gründliche Überprüfung von offiziellen umweltmedizinischen Einrichtungen auf ihre Seriosität und ggf. deren Auflösung bzw. personelle Umbesetzung. Die Rate der anerkannten Vergiftungsfälle wird u.a. dabei ein vorzüglicher Indikator für die Lauterkeit der jeweiligen Institution bzw. deren Mitarbeiter sein. Ersatzlos aufzulösen sind in jedem Fall die berühmt berüchtigten Amalgam-Untersuchungsstellen an den Universitäten Erlangen und Münster, die nachweislich in skandalöser Weise Amalgamgeschädigte betrogen haben, indem sie sich in der **Beweisvereitelung** des Amalgam-Delikts der unterlassenen Hilfeleistung, des vorsätzlichen Diagnoseirrtums und zum weiteren Schaden der Patienten der Be- oder Verhinderung einer gebotenen Entgiftungstherapie schuldig gemacht haben.
(Nach unseren weitreichenden Erfahrungen sind generell offizielle Umwelt-Institutionen - Umweltambulanzen, Umwelt- und Gesundheitsämter... - nicht zur Aufklärung, sondern ganz im Gegenteil zur prinzipiellen Vertuschung von Amalgam-/Umweltvergiftungen eingerichtet, d.h. zur systematischen Abwiegelung und Irreführung von Giftopfern.)

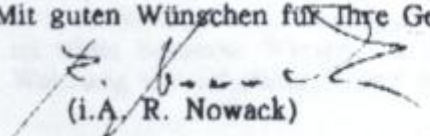
Die Bundesregierung wird es sich leisten müssen, angesichts dieses Desasters einen finanziellen Offenbarungseid im Falle von Schadensersatzansprüchen der Opfer zu leisten. Nicht leisten kann sie sich indes als erklärte Demokraten die weitere Menschenrechtsverletzung.

Wie Bundestagspräsident Thierse kürzlich so treffend anlässlich des 50. Jahrestages der Menschenrechtsorganisation feststellte, sind "die Menschenrechte noch immer im Defizit". Leider auch in unserem Land! Helfen Sie mit, dieses Unrecht zu überwinden! Ein Unrecht, das durch Ihre politischen Vorgänger verschuldet ist, für dessen Fortbestand Sie aber mit jedem einzelnen Amalgam-Schadensfall persönlich in der Verantwortung stünden.

Wir haben einstweilen Strafanzeige gegen alle Beteiligten dieses Delikts gestellt und würden nicht zögern, auch Sie zu belangen, wenn Sie Ihrer Pflicht zur Verbrechensbekämpfung und zum Schutz von Menschenleben nicht angemessen nachkommen sollten.

Die Mitglieder dieser Initiative stellen sich unter Ihren persönlichen Schutz, daß sie vor Repressalien seitens der Amalgamliga - wie anderen um Aufklärung bemühten Amalgamopfern bereits angedroht - sicher sind.

Mit guten Wünschen für Ihre Gesundheit und Arbeit sowie freundlichen Grüßen


(i.A. R. Nowack)

